

führt der Bericht des Statistikamtes aus, daß die Investitionen im Immobiliensektor im ersten Quartal 1998 um 9,3% gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen sind. Den gegenwärtigen Aufschwung führt der Bericht vor allem auf die enorm gestiegenen staatlichen Wohnungsbauminvestitionen zurück. (HB, 30.05.98; XNA, 05.05.98)

Die Regierung betrachtet die Revitalisierung des Immobilienmarktes mittels staatlicher Wohnungsbauminvestitionen als wichtige Stütze zur Sicherstellung des für 1998 anvisierten Wirtschaftswachstums von 8%. Nach einem Bericht der in Hongkong erscheinenden Zeitung *Ming Pao* beabsichtigte die Regierung in Beijing noch im Mai, eine nationale Konferenz auf höchster Führungsebene zur Neuformulierung der staatlichen Wohnungsbaupolitik durchzuführen. Ein konkreter Zeitplan für diese Konferenz lag nach diesem Bericht jedoch noch nicht vor. Allein die Absicht, eine derartige Konferenz durchzuführen, verdeutlicht die Bedeutung, die die Regierung der Belebung und Liberalisierung des Immobilienmarktes für das zukünftige wirtschaftliche Wachstum Chinas beimißt. (SWB FE/D3225/CNS 13.05.98)

Bereits 1996 hatte die Regierung erklärt, daß ein funktionierender Wohnungsmarkt nach ihrer Ansicht eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Chinas darstellt. Kurz nach seinem Regierungsantritt griff der neugewählte chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji dieses Thema erneut auf, indem er im Frühjahr dieses Jahres die wirtschaftliche Bedeutung der Reform des Wohnungsmarktes hervorhob. (Vgl. dazu *Ost-West-Contact*, Nr. 5/1998, SS. 36-37)

Die Reform des Immobiliensektors soll in drei Schritten vollzogen werden. Erstens beabsichtigt die Regierung, die staatliche Wohnungs- und Hauszuteilung abzuschaffen. Zweitens soll landesweit ein Sekundärmarkt für Immobilien errichtet werden, und drittens sollen die Qualitätsstandards im Wohnungsbau deutlich angehoben werden.

Bereits in den ersten vier Monaten dieses Jahres liegen die staatlichen Investitionen im Immobiliensektor mit einer Gesamtsumme von 52,1 Mrd. Yuan um 12,7% über den Investitionen der entsprechenden Vorjahresperiode. Im April dieses Jahres übertrafen die staatlichen Investitionen die Investitionen des Vorjahresmonats sogar um beinahe 20%. Zugleich veröffentlichte die Zentralbank im Mai

neue Richtlinien für die Geschäftsbanken zur Vergabe von Hypothekarkrediten an Privatpersonen, die die Möglichkeit zur Vergabe von Hypothekarkrediten auf nahezu alle inländischen Geschäftsbanken ausdehnen und den Rahmen, innerhalb dessen die Vergabe von derartigen Krediten insbesondere an Privatpersonen möglich ist, erweitern. Außerdem wies die Zentralbank die Geschäftsbanken an, nicht weniger als 15% ihres für dieses Jahr geplanten Kreditvolumens in Hypothekarkrediten an Privatpersonen zu kanalisieren. Die Geschäftsbanken kündigten an, dieses Jahr insgesamt mehr als 100 Mrd. Yuan für Hypothekarkredite zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen sind deutlicher Ausdruck des Bemühens der Regierung, durch eine Deregulierung des Immobilienmarktes und verstärkte Wohnungsbauminvestitionen das für dieses Jahr anvisierte Wirtschaftswachstum von 8% zu realisieren (FT, 26.05.98; SCMP, 29.05.98; XNA, 07.05.98 u. 02.06.98)

In zahlreichen Großstädten soll bereits dieses Jahr mit einem Abbau der staatlich subventionierten Mietpreise für Privatwohnungen begonnen werden. Schrittweise sollen die Mietpreise den tatsächlichen Marktgegebenheiten angeglichen werden. Da sich die Durchschnittseinkommen von Stadtbewohnern in China gegenwärtig immer noch auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegen und somit viele Mieter nicht über das zum Wohnungskauf erforderliche Eigenkapital verfügen, stellt die Finanzierung des Wohnungs- oder Hauskaufs über Hypotheken das entscheidende Finanzierungsmittel dar. Außerdem sollen die Wohnungseigentümer Finanzierungsbeihilfen von ihren Arbeitseinheiten und Betrieben erhalten. (SCMP, 29.05.98; XNA, 07.05.98)

In der nordchinesischen Metropole Tianjin besitzen nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua bereits 550.000 Privathaushalte der 9 Mio. Einwohner zählenden Stadt Wohnungseigentum. Von den 550.000 Haushalten erwarben 227.000 Haushalte staatliches Wohnungseigentum. Die verbleibenden 323.000 Haushalte erwarben ihre Eigentumswohnungen oder Häuser auf dem freien Markt. (XNA, 23.05.98)

Trotz der Anfangserfolge, die die gegenwärtige Deregulierungspolitik im Immobiliensektor aufweisen kann, wird die schrittweise Abschaffung der künstlich regulierten Mietpreise für viele städtische Privathaushalte eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellen. Während der Mieter bis-

lang lediglich 4% seines Einkommens für die Miete aufwenden mußte, erwarten Fachleute bald einen Anstieg auf mindestens 15%. Fraglich bleibt außerdem, ob die zum größten Teil mit staatlicher Hilfe vollzogene Ankurbelung des Immobiliensektors auf eine nachhaltig wachsende Nachfrage nach privatem Wohnungseigentum von seiten der Verbraucher treffen wird. Denn nur dann kann die momentane staatliche Investitionspolitik nachhaltige Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung auslösen. (HB, 30.05.98) -ho-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 25 Starke Zunahme der Korruptionsanzeigen im öffentlichen und privaten Sektor

Nach Angaben der Hongkonger Unabhängigen Anti-Korruptionskommission (Independent Commission Against Corruption/ICAC) hat die Zahl der Anzeigen von Behördenkorruption in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 45% zugenommen. Auch die Zahl der Beschwerden über Korruption im Privatsektor stieg um 8%. (RTHK Radio 3, Hongkong, 21.5.1998, nach SWB, 23.5.1998)

Die Leiterin der Anti-Korruptionskommission, Lily Yam, erklärt diese deutliche Zunahme durch zwei Faktoren: Aufgrund der Intensivierung der Korruptionsermittlungen durch die ICAC seit dem letzten Jahr und der Aufdeckung einiger spektakulärer Fälle seien, wie schon frühere Erfahrungen gezeigt hätten, viele Hongkonger Bürger zu einer Anzeige motiviert worden. Darüber hinaus trügen die wachsende Zahl der Unternehmenskonkurse und die damit einhergehenden Offenlegungspflichten zur Aufdeckung vieler bislang veruschter Korruptionsvergehen bei.

Die Leiterin der ICAC machte keine Angaben darüber, inwieweit der Souveränitätswechsel 1997 zu einer realen Zunahme der Korruptionsvergehen im öffentlichen und privaten Sektor geführt haben könnte. -hei-

## 26 Beijing - nahe Geschäftsleute wollen Anteile an Hongkonger Medienunternehmen kaufen

Die „Selbstzensur“ vieler Hongkonger Medien gegenüber dem neuen Souverän ist schon seit Jahren Gegenstand einer regen Diskussion. Unmittelbare Eingriffe in die Hongkonger Medienwelt seitens Beijings oder seitens der Zweigstelle der Xinhua-Nachrichtenagentur sind bislang nicht nachweisbar.

Konkrete Befürchtungen äußerte allerdings jüngst der Hongkonger Journalistenverband aus Anlaß des „World Press Freedom Day“: Die Hongkonger Regierung plane, auf der Grundlage des Artikels 23 des SVR-Grundgesetzes (dieser Artikel verpflichtet die SVR-Regierung zur Inkraftsetzung von Gesetzen, die Landesverrat sowie subversive und secessionistische Aktivitäten verbieten) die Pressefreiheit einzuschränken. Sensible Themen seien insbesondere die Taiwan- und Tibetfragen sowie allgemein die politische Kritik an der chinesischen Partei- und Staatsführung. Die geplante Gesetzgebung könne dazu führen, daß kritische journalistische Berichterstattung zu diesen Themen kriminalisiert werde. (SCMP, 4.5.1998)

Im April und Mai erregten die Bemühungen Beijing-naher Geschäftsleute Aufmerksamkeit, die sich in wichtige Medienunternehmen einkaufen wollen (SCMP, 7.5.1998; IHT, 24.5.1998):

- Cha Chi-ming, der Beijing vor dem Souveränitätswechsel als offizieller „Berater in Hongkong-Angelegenheiten“ gedient und auch an der Abfassung des SVR-Grundgesetzes mitgewirkt hatte, erklärte, die Sing Tao Holdings Ltd. (diese Gesellschaft veröffentlicht die chinesischsprachige *Sing Tao Jih Pao* und den englischsprachigen *Hong Kong Standard*) übernehmen zu wollen.
- Wong Po-yan, der als Hongkonger Delegierter dem Nationalen Volkskongreß angehört, beabsichtigt, als Führer eines Konsortiums einen Mehrheitsanteil an der Asia Television (ATV) Ltd. of Hong Kong zu erwerben. In dem Konsortium, dessen Zusammensetzung bislang nicht offengelegt wurde, sollen mehrere Hongkonger Geschäftsleute beteiligt sein, die nachweislich über enge Kontakte zur politischen

bzw. militärischen Führung in Beijing sowie auch zum Medienmogul Rupert Murdoch verfügen.

Die beiden Beijing-loyalen Geschäftsleute und Politiker versicherten zwar, keinerlei Einfluß auf Inhalt und Redaktion der betroffenen Medien nehmen zu wollen. Dennoch wurden die Übernahmeankündigungen in Hongkonger Medienkreisen als Versuch gewertet, durch gezielte Akquisitionen Einfluß auf populäre Mainstream-Medien und damit auf die öffentliche Meinung im Sinne Beijings auszuüben.

Einige Kommentatoren gaben jedoch zu bedenken, daß der hart umkämpfte Medienmarkt in Hongkong politische Einseitigkeiten durch nachlassende Verkäufe bestrafe: Von Beijing kontrollierte Medien (etwa die *Ta Kung Pao* oder die *Wen Wei Po*) würden von der Mehrzahl der Konsumenten als unattraktiv eingeschätzt. Nur politisch unabhängige Medien seien glaubwürdig und könnten am Hongkonger Markt erfolgreich sein. -hei-

## 27 Zusammenarbeit im Bildungswesen mit Südchina

Die Zusammenarbeit im Bildungswesen zwischen Hongkong und China nimmt immer mehr zu. Am weitesten vorangeschritten scheint sie im tertiären Bildungssektor zu sein. Hier gibt es bereits zahlreiche Austauschprojekte zwischen Hochschulen des Festlands und Hongkongs. Doch auch im Primar- und Sekundarschulbereich vermehren sich die Kontakte. Obwohl das Bildungswesen in Hongkong besser entwickelt ist, gibt es doch viele gemeinsame Probleme, bei deren Lösung eine Kooperation sinnvoll erscheint. So machen sich Pädagogen sowohl auf dem Festland als auch in Hongkong Gedanken darüber, wie man den in beiden Bildungssystemen sehr ausgeprägten Prüfungsdruck von den Schülern nehmen kann (vgl. dazu für Hongkong SCMP, Internet Ed., 9.5.98). Weitere gemeinsame Probleme betreffen u.a. die Unterrichtssprache (Kantonesisch/Hochchinesisch/Englisch) oder die Qualität der Lehrerbildung. Auch haben die Provinzen des Festlands ebenso wie Hongkong mit einer großen Anzahl von Analphabeten zu kämpfen. Obwohl in Hongkong bereits vor 20 Jahren die allgemeine neunjährige Schulpflicht realisiert wurde, waren dort nach einem Bericht der SCMP vom 7.5.98 im Jahre 1995 immer noch 7,8 Prozent der Bevölkerung oder

370.000 Menschen Analphabeten. Für Festlandchina nennt derselbe Bericht ebenfalls für das Jahr 1995 eine Zahl von 166 Mio. oder 18 Prozent der Bevölkerung. (Als Quelle für beide Angaben zitiert die SCMP den World Education Report 98 der Unesco.) Die chinesische Zentralregierung bemüht sich intensiv um den Abbau der Analphabetenrate. Ende 1997 wurde die Zahl der Analphabeten offiziell mit 145 Mio. beziffert (vgl. C.a., 1998/1, Ü 17).

Zu den gemeinsamen Problemen zählt auch die Qualität des Englischunterrichts. Um diese Frage gibt es seit der Rückgabe Hongkongs an China heftige Diskussionen, weil die neue Regierung der SVR Hongkong im vergangenen Jahr einer ganzen Reihe von Sekundarschulen die Qualifikation abgesprochen hatte, den gesamten Unterricht in englischer Sprache abzuhalten. Diese Schulen müssen jetzt muttersprachigen Unterricht einführen, d.h. den Unterricht in Kantonesisch erteilen. Der komparative Vorteil Hongkongs in bezug auf die Englischkenntnisse der Schulabgänger, auf den in Hongkong gern hingewiesen wird, ist also durchaus nicht zu verallgemeinern. In Festlandchina freilich steht es generell um den Englischunterricht viel schlechter. Dort gibt es zwar eine ganze Reihe von Schulen mit hervorragendem Englischunterricht, aber bei der Mehrzahl der Schulen wird das Fach höchst unzureichend unterrichtet.

Hier soll jetzt durch Kooperation mit Hongkong Abhilfe geschaffen werden. In Hongkong hat sich eine „Hong Kong Education Policy Concern Organisation“ gebildet, in der Schulleiter, Lehrer und Elternvertreter zusammengeschlossen sind. Diese Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, Austauschprogramme mit Lehrern des Festlands zu organisieren, um den dortigen Englischlehrern zu helfen, ihr Englisch aufzubessern. Kürzlich unternahm sie eine erste Reise nach Guangdong, und zwar in die Kreisstadt Conghua nördlich von Guangzhou. Dort gibt es 218 Grund- und 28 Sekundarschulen. Englisch ist dort Pflichtfach bei den Aufnahmeprüfungen zur Sekundarstufe I und II. Die mündliche Englischprüfung zur Aufnahme in die untere Mittelschule orientiert sich an den in Hongkong üblichen Tests, die über Rundfunk verbreitet werden. An dem mit Conghua bestehenden Austausch beteiligen 160 Grund- und Sekundarschullehrer aus Conghua; 80 Prozent von ihnen sind jünger als 35 Jahre alt, und die meisten von ihnen sind weiblich.

Nach Aussagen der Hongkonger Kollegen haben die meisten keine Gelegenheit, die englische Sprache praktisch anzuwenden. Deshalb wird das Austauschprogramm als eine gute Möglichkeit der Fortbildung angesehen. Die festlandchinesischen Lehrer seien sehr motiviert zu lernen, heißt es, aber die schwierigen Unterrichtsverhältnisse, wie z.B. der Mangel an Lehrmaterialien, große Klassen (manchmal bis zu 60 Schüler) und ein Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1 zu über 20, dazu kaum Kontakte mit Ausländern zum Üben der englischen Sprache, machten den Unterricht wenig effektiv. Die englischen Schulbücher seien voll von Fehlern, und im Unterschied zu Hongkong werde das Fernsehen im Unterricht kaum angewendet. Außerdem fingen die Kinder erst im vierten Grundschuljahr mit Englisch an, während in Hongkong die Kinder teilweise schon im Kindergarten anfangen, Englisch zu lernen. Wie in Conghua dürfte es in den meisten Schulen des Festlandes aussehen, mit Ausnahme der guten Schulen in den Großstädten und einiger hervorragender Privatschulen.

Die Hongkonger Organisation setzt sich intensiv für stärkere Kontakte, vor allem im Rahmen von Austauschprojekten, ein. Sie empfiehlt, daß Hongkonger Schulbuchverlage Englischbücher veröffentlichen, die die chinesische Kultur stärker in den Mittelpunkt rücken und sich nach den chinesischen Systemen richten, damit sie für Schüler auf dem Festland verwendbar sind. Außerdem sollen Hongkonger Lehrerbildungsanstalten im Austausch Lehrer und Studenten in den Ferien nach China schicken; auf diese Weise könnten die festlandchinesischen Lehrer ihren Horizont erweitern. Nicht zuletzt sollen in zunehmendem Maße Partnerschaften zwischen Hongkonger und festlandchinesischen Schulen gegründet werden. (Vgl. SCMP, Internet Ed., 7.5.98) -st-

---

## Macau

---

### 28 Chinesisches Vorbereitungskomitee für die Rücknahme Macaus gebildet

Der Countdown zur Übergabe der portugiesischen Enklave an die VR China (20. Dezember 1999) ist in die letzte Phase getreten. Am 5. Mai wurde in Beijing ein Vorbereitungskomitee für die Gründung einer Sonder-

verwaltungsregion (SVR) Macau unter chinesischer Souveränität offiziell gebildet. Das Komitee hat 100 Mitglieder, davon 60 Vertreter von Macau und 40 von China. Den Vorsitz hat Qian Qichen, Vizeministerpräsident der chinesischen Regierung. Von den neun stellvertretenden Vorsitzenden sind fünf aus Macau und vier aus China. Das Komitee untersteht dem Nationalen Volkskongreß (NVK) der VR China. Es hat die Hauptaufgabe, die exekutiven, legislativen und juristischen Organe der SVR Macau zu bestimmen. Gemäß eines NVK-Beschlusses vom 31. März 1993 wird der erste Regierungschef (Chief Executive) der SVR Macau von einem Wahlkomitee gewählt. Die 200 Mitglieder des Wahlkomitees werden vom Vorbereitungskomitee ausgewählt: 60 aus der Wirtschaft, 50 aus kulturellen und freiberuflichen Kreisen, 50 aus Gewerkschafts-, Religions- und anderen sozialen Körperschaften, 40 aus dem Kreis von Expolitikern und Macauer Vertretern im NVK und Nationalen Komitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes.

Bei der Zusammensetzung des legislativen Organs sollen prinzipiell die gegenwärtigen Abgeordneten weiter ihren Sitz behalten, und zwar über 1999 hinaus bis zum 15. Oktober 2001.

Was die Justiz angeht, sieht das chinesische Grundgesetz für die SVR Macau ein System von drei Instanzen einschließlich eines höchsten Berufungsgerichts vor. Darüber hinaus soll noch ein Verwaltungsgericht entstehen. Die Richter auf allen Ebenen werden vom SVR-Regierungschef auf Vorschlag einer unabhängigen Kommission von Juristen und prominenten Persönlichkeiten ernannt.

Laut Qian Qichen ist das Vorbereitungskomitee sowohl Entscheidungs- als auch Ausführungsorgan. Es werde alle Maßnahmen treffen und dem NVK Vorschläge unterbreiten, um eine reibungslose Übernahme Macaus zu garantieren. Aber seine Beschlüsse können erst nach dem Machtwechsel in Macau in Kraft treten. Bis dahin bleibt das Territorium noch unter der Herrschaft der Portugiesen. So machte Qian in seiner Rede bei der Gründungstagung des Vorbereitungskomitees am 5. Mai eine Bemerkung, daß sich das Vorbereitungskomitee nicht „direkt“ in die portugiesische Verwaltung in Macau vor dem 20. Dezember 1999 einmischen wolle. Es werde allerdings auf eine Reihe von Angelegenheiten hinsichtlich des Übergangs „entsprechend“ achtge-

ben, insbesondere auf viele langfristige und sich wiederholende Probleme mit wichtigen sozialen Auswirkungen. (DGB und SWB, 7.5.98)

Bilaterale Verhandlungen über den Übergang Macaus vor und nach dem Machtwechsel finden in der chinesisch-portugiesischen Liaisongruppe statt. Dort bemängeln die Chinesen, daß die portugiesische Seite bislang die „Lokalisierung“ (d.h. Entkolonisierung) der führenden Ämter und der Gesetze Macaus nicht schnell genug vorangetrieben habe. Andererseits verlangen die Portugiesen von den Chinesen, die Grundrechte der Bürger und die kulturelle Tradition Macaus einschließlich des Portugiesischen neben dem Chinesischen als Amtssprache nach dem Machtwechsel zu gewährleisten. Die Chinesen sehen es als ihre innere Angelegenheit an und wollen außer den Regelungen in der Gemeinsamen Erklärung beider Seiten von 1987 über Macau und dem SVR-Grundgesetz für Macau keine neuen Verpflichtungen eingehen. (SWB, 18.12.97, 20. und 28.1.98)

Seit kurzem gibt es einen neuen Streit beider Seiten über die Ausarbeitung des Haushalts Macaus für die Jahre 1999 und 2000, bei der die Chinesen mitwirken wollen. Die Portugiesen weigern sich jedoch, den chinesischen Anspruch zu akzeptieren. (XNA, 19.5.98; SWB, 30.5.98)

Noch nicht ganz geklärt ist die Nationalitätsfrage. Für Beijing gelten alle Einwohner Macaus als chinesische Staatsbürger, sofern sie unter die Bestimmungen des Nationalitätsgesetzes der VR China fallen. Rund 80.000-100.000 Chinesen einschließlich der etwa 13.000 Macanesen (sino-lusitanische Mischlinge) verfügen über einen portugiesischen Paß. Gemäß der sino-portugiesischen Vereinbarung brauchen sie ihn nach dem Machtwechsel nicht abzugeben, doch können sie damit in Macau wie in China keinen konsularischen Schutz Portugals genießen. Fraglich ist, ob ihre nach dem Machtwechsel geborenen Kinder noch die portugiesische Staatsangehörigkeit beantragen können. Die portugiesische Regierung hat erklärt, daß nach dem Machtwechsel keiner mehr aufgrund seiner Beziehungen zu Macau die portugiesische Staatsangehörigkeit erwerben kann. Die chinesische Regierung lehnt Doppelnationalität grundsätzlich ab. -ni-